

# Wettbewerbsfeindliche Forschungsinstitute?

Die Fördergelder für außeruniversitäre Einrichtungen zu streichen, sei ein „überfälliger“ und „mutiger“ Schritt, schrieb der Mathematiker Peter A. Markowich am Samstag an dieser Stelle. – Eine Erwiderung.

Jörg Flecker

Peter A. Markowich („Abschied von einem Austro-DDR-Relikt“, STANDARD, 13. 11.) ist in einem Punkt seines „Gratulationsschreibens“ an die Regierung zuzustimmen: „Es ist doch sinnvoll zu überprüfen, welche Institute nicht nur vom warmen staatlichen Subventionsregen leben, sondern tatsächlich aus kompetitiv selbsteingeworbenen Drittmitteln zusätzliche Finanzierung erhalten, basierend auf flexiblen und effizienten Konzepten.“ Bloß: Das ist einerseits bekannt und zweitens insofern schief argumentiert, als ja gerade das Wissenschaftsministerium derzeit überhaupt nichts überprüft.

Die außeruniversitäre Forschung hat in der aktuellen Debatte offensichtlich ein schweres Handikap zu tragen: Viele fühlen

sich berufen, etwas beizutragen, aber nur sehr wenige kennen den höchst vielfältigen Sektor. So konstruiert Markowich etwa einen Gegensatz zwischen Basisförderung einerseits und „unabhängiger Peer-Review und wissenschaftlichem Wettbewerb“ andererseits. Die Realität sieht in der Regel anders aus: Die Basisförderung ist für die meisten Institute tatsächlich nur eine (oft sehr schmale) Basis, auf der sie die eigentlichen Forschungsmittel selbst einwerben. Und unabhängige Peer-Reviews sind natürlich unser tägliches Brot, ob bei Projekteinreichungen im Rahmen von EU-Programmen, FWF, ÖNB und WWTF, ob nach Projektabschluss oder bei der Publikation der Ergebnisse in wissenschaftlichen Zeitschriften oder Verlagen.

In der Auftragsforschung wird ebenfalls jedes Projekt in einem Wettbewerb ausgewählt und nach Durchführung von den Auftraggebern bewertet. Die meisten außeruniversitären Institute stehen damit unter ständiger Evaluierung. Und wenn Markowich meint, die Leiter der Institute „täten besser daran, sich um andere kompetitive Fördertöpfe für ihre Institute umzuschauen“, dann danke ich für den Tipp, aber das machen wir seit 20 Jahren.

Eine Grundausstattung durch Basisförderung ermöglicht es (an

Von Kopf bis Fuß auf Sparen eingestellt: Die Spitzen der Bundesregierung bei der Verkündung des Budgets 2011 in einem burgenländischen Thermalbad.

Foto: dapd; Montage: Beigelbeck



den Universitäten ebenso wie außerhalb), Forschungsprojekte durchzuführen, für welche die Mittel im Wettbewerb vergeben werden (berechtigte Ausnahmen sind wissenschaftliche Einrichtungen, die von vornherein nicht auf die Akquisition von Drittmitteln ausgerichtet sind). Ohne Räumlichkeiten, Nachwuchsbetreuung, Administration etc. können aber keine FWF-Projekte durchgeführt werden. Ohne Grundausstattung ist es nicht möglich, EU-Forschungsmittel nach Österreich zu holen (allein in den Sozialwissenschaften im 7. Rahmenprogramm bisher immerhin 10 Millionen Euro, geschätzte fünf Millionen davon von außeruniversitären Einrichtungen lukriert, die jetzt ihre Basisförderung verlieren sollen!).

Basisförderungen sind also kein Schutz vor Wettbewerb, sondern die Eintrittskarte für Wettbewerb. Werden die unabhängigen Forschungsinstitute davon ausgeschlossen, bleibt natürlich mehr für andere übrig. – Auch eine Mög-

lichkeit, aber wo bleibt dann bei einer solchen Monopolisierung die angeblich gewünschte wissenschaftliche Konkurrenz, die zu einem „survival of the fittest“ führen soll?

Die von Markowich unterstellte Abwehr von Wettbewerb und Evaluierung ist im Übrigen auch für die Vergabe der Basisförderungen selbst falsch. Die geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungsinstitute haben schon im Juni 2009 auf einer Tagung mit dem Wissenschaftsministerium Kriterien für eine Evaluierung entwickelt, welche neuen Leistungsvereinbarungen der Basisförderungen zugrunde gelegt werden sollten.

Wäre mit „Strukturbereinigung“ wirklich gemeint, dass man die Spreu vom Weizen trennen und diejenigen gut ausstatten will, die gute Arbeit machen, hätte man nur dieses Vorhaben umzusetzen brauchen. Aber es geht ja zurzeit ganz offensichtlich nicht um Bereinigungen in der außeruniversitären Wissenschaft, sondern um die Bereinigung der Wissenschaft von den außeruniversitären Instituten.



**Vorwurf der „Evaluierungsabwehr“ geht ins Leere: Jörg Flecker.**  
Foto: Fischer

JÖRG FLECKER ist wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (Forba) und Universitätsdozent für Wirtschaftssoziologie an der Universität Wien.

## Rotstift für Uni-Professoren-Gehälter statt „Strukturbereinigung“ per Rasenmäher

Ein Gegenvorschlag zur Sparlogik des Wissenschaftsministeriums

Christian Fleck

Loipersdorf wird nicht zum Unwort des Jahres, doch was dort an Budgetmaßnahmen beschlossen wurde, verdient zumindest das Prädikat kleinmütig. Man könnte auch härter formulieren und von Feigheit sprechen, weil die geplanten Sparmaßnahmen ausgerechnet vor allem jene treffen, die sich wenig oder gar nicht zur Wehr setzen (können) und einseitig die Erhöhung von Massensteuern gewählt wurde. Eine Anpassung der Steuern auf Grund und Boden, Vermögen und Erbschaften auf anderswo durchaus übliche Niveaus hätte weder zur Kapitalflucht und ganz sicher nicht zum Ruin der Großgrundbesitzer geführt. Doch mit den Liechtensteins, Mayr-Melnhofs und der Kirche wollte man sich nicht anlegen.

Die Entscheidung, in allen Ressorts jedenfalls irgendwelche Einsparungen vorweisen zu müssen, setzte die Ministerien unter Druck. Heraus kam Murks. Beispielsweise im Wissenschaftsministerium, das verkündete, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf null zu setzen. Proteste weisen zu Recht darauf hin, dass diese Rasenmäherpolitik widersinnig ist und Folgekosten haben wird: Einnahmehinnehmende Drittmitteleinkommen, arbeitslose Wissenschaftler, Schließungskosten, ganz zu schweigen von den immateriellen Folgen.

Wie wenig durchdacht die Sparmaßnahmen von Frau Dr. Karl sind, macht ein Blick in andere Länder deutlich: Nach 2008 sahen

sich beispielsweise auch US-amerikanische Universitäten genötigt, Sparmaßnahmen zu ergreifen. Nicht nur an privaten, sondern auch an den staatlichen Universitäten wurde der Rotstift als Erstes bei den Personalkosten angesetzt. Oftmals wurden Gehaltserhöhungen unter Einbeziehung der Professorenschaft ausgesetzt. An mancher Universität beschloss die Vollversammlung der Lehrenden, wem es zumutbar wäre, im folgenden Jahr mit weniger Lohn auskommen zu müssen. Mancherorts verzichteten die Besserverdienenden zugunsten der weniger Betuchten.

In Österreich hätte man beispielsweise den beamteten Professoren für 2011 eine Gehaltserhöhung vorenthalten können. Die Folgen wären erstens sofort budgetwirksam, hätten zweitens die Betroffenen materiell nur marginal beeinträchtigt und wären drittens sogar gegenüber den nichtbeamteten Universitätsmitgliedern fair gewesen, die ohnehin Arbeitsverträge haben, die keine jährlichen Gehaltsverbesserungen vorsehen.

Dazu hätte man (nur) den Mächtigen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Paroli bieten müssen und dafür den Applaus der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung ernten dürfen, die seit langem für ein Ende der Flächentarifverträge Stimmung machen. Eine branchenbezogen differenzierte Lohnpolitik, die in diesem Fall die Universitäts-

ten anders behandelt hätte als den Rest des öffentlichen Dienstes, steht bekanntlich seit langem auf der Agenda der Unternehmervertreter.

Warum kam es dazu nicht? Die Antwort liegt auf der Hand. Hierzulande werden immer die Insider geschützt und die Kosten immer den Schwächeren aufgebürdet. Wer hat, dem wird mehr gegeben. Wer auf Zuwendungen angewiesen ist, dem werden sie – wenn Sparen angesagt ist – genommen,

egal ob er für das Wenige, das er bekommt, etwas Vorzeigbares leistet oder bislang nur das Glück hatte, einen eigenen Budgetposten erobert zu haben. Im Fall des Wissenschaftsministeriums sind jene schwach, die auf Ermessensausgaben angewiesen sind. Zum Schaden kommt dann auch noch der Spott: Es sei bei der außeruniversitären Forschung doch von verschiedener Seite ohnehin seit langem eine Strukturbereinigung gefordert worden, hörte man dieser Tage aus dem Wissenschaftsministerium.

Ob außeruniversitäre Forschungseinrichtungen förderungswürdig seien, möge man in jedem einzelnen Fall evaluieren. Sie einfach alle den Bach hinunterzuschicken, ist ein Armutszeugnis für eine Wissenschaftsministerin, die stolz darauf ist, aus der Wissenschaft zu kommen.

CHRISTIAN FLECK lehrt Soziologie an der Universität Graz.



**Wenn schon sparen, dann aber richtig: Christian Fleck.** F.: Furgler

BARBARA COUDENHOVE-KALERGI

## „Eklat“ mit Lerneffekt



Ist die ziemlich jämmerliche Integrationsdebatte in Österreich durch das inzwischen berühmte Interview des türkischen Botschafters vertieft worden? Ja, ist sie. In den letzten Tagen ist über dieses Thema eine Menge gesagt und geschrieben worden, Kluges und weniger Kluges. Wenn man von den Slogans der üblichen Verdächtigen absieht – „der Botschafter muss weg“ –, dann kristallisieren sich zweierlei Trends zur Nachdenklichkeit heraus. Etlliche Ausländer-Skeptiker bekunden auf einmal Verständnis für unfair behandelte Zuwanderer. Und etliche Migrantenfreunde anerkennen, dass es tatsächlich objektive Integrationsprobleme gibt.

Dass gut integrierte und potenziell für die österreichische Gesellschaft wertvolle Asylwerber nicht unbeschadet abgeschoben werden sollen, wurde schon durch die Protestwelle wegen der weggeschickten Schulmädchen aus Steyr und Wien demonstriert. Da gab es plötzlich sogar in der *Kronen Zeitung* so etwas wie einen Paradigmenwechsel. Auf der anderen Seite wird der sanfte Druck zum Deutschlernen und Regelneinhalten zunehmend auch von denen akzeptiert, die darin zunächst vor allem Sektatur und Assimilationszwang sahen.

Dazu ein paar Beobachtungen aus der Praxis. Ich habe als Deutschlehrerin für Migranten so gut wie ausschließlich mit bildungswilligen und engagierten Frauen mit mindestens mittlerem Schulabschluss zu tun. Sie sind meist weit unter ihrer Qualifikation beschäftigt und könnten, wenn man sie liebe, samt ihren Kindern viel zur

hiesigen Gesellschaft beitragen. Aber es gibt auch Mütter aus der Unterschicht, die in keinen Deutschkurs kommen. Sie brauchen kein Deutsch, meinen sie und ihre Männer. Einkaufen, auf die Kinder schauen und in die Moschee gehen kann man auch ohne Sprachkenntnisse. Nicht gut, weil es ohne Unterstützung von daheim für die Kinder schwierig wird, in der Schule weiterzukommen. Vermutlich lässt sich diese Schicht nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den fortschrittlicheren Moscheevereinen erreichen. Das geht, wenn man will.

Schimpfen, Misstrauen, Vorurteile und Ressentiments haben die Atmosphäre geprägt, mit der diese Frage bisher in Österreich angegangen worden ist. Sie prägen sie noch immer. Das wird in der breiten Zustimmung deutlich, die der türkische Botschafter von den Wiener Türken für seine Äußerungen bekommen hat. Es ist heuchlerisch, wenn ihm jetzt vorgeworfen wird, dass viele dieser Leute ja längst Österreicher sind. Eben, könnte man darauf antworten. Aber sie werden nicht so behandelt.

Es dauert halt, bis sich eingefleischte und von außen angefachte Negativhaltungen ändern. Aber langsam, langsam ändern sie sich doch. Immerhin achtzig Prozent der „echten“ Österreicher haben dem undiplomatischen Diplomaten zumindestens teilweise Recht gegeben. Das ist kein schlechter Anfang. Und in einem Punkt zumindestens wird man Herrn Teczan wirklich nicht widersprechen können: Wir brauchen endlich ein Integrationsministerium, und Frau Fekter ist in der falschen Partei, weil bei ihren sogenannten Integrationsmaßnahmen letztlich immer nur eine Polizeilösung herauskommt. – Stimmt genau.